

## Flüchtlingshilfe

# Keine Daueraufgabe der Bundeswehr



KARL-JOSEF HILDENBRAND / DPA

In der Koalition wächst der Druck auf Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die rund 7500 eingesetzten Bundeswehrsoldaten von der Arbeit in der Flüchtlingshilfe zu entbinden. „Wir können nicht Tausende Soldaten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise einsetzen“, sagte der CSU-Verteidigungsexperte Florian Hahn, „unsere Soldaten werden in einer steigenden Zahl von Auslandseinsätzen dringender gebraucht.“ Die Hilfsmaßnahme in Verwaltungseinrichtungen, so Hahn, „muss nun enden“. Der Wehrbeauftragte des Bundestags, Hans-Peter Bartels (SPD), sagte, die Maßnahmen könnten „keine Daueraufgabe für die Bundeswehr“ sein. „Ich erwarte, dass im Laufe des kommenden Jahres der Großteil dieser Hilfe nicht mehr benötigt wird“, so Bartels, „zivile Behörden müssen diese Aufgabe übernehmen.“ Die Bundeswehr hilft Flüchtlingen seit Mitte September mit Transporten, Sanitätsdiensten und Essensausgabe und stellt Kasernen für die Unterbringung zur Verfügung. gor

## Antiterrorkampf

### Gefahr für Deutsche im Ausland steigt

Mit dem Einsatz der Bundeswehr gegen den IS in Syrien steigt das Risiko für Deutsche, im Ausland entführt und als Geiseln zu propagandistischen Zwecken missbraucht zu werden. Zu diesem Ergebnis kommen Experten des Bundeskriminalamts (BKA). Dies betreffe nicht nur Länder wie Syrien und den Irak, wo der IS ganze Landstriche besetzt halte, sondern auch Länder, in denen sich Terrororganisationen am IS orientierten oder ihm zugehörig fühlten. 59 Deutsche wurden zwischen 2011 und 2014 im Ausland Opfer von Entführungen, Geiselnahmen oder Erpressungen, hauptsächlich in Nahost, Afrika, Mittelamerika und Südostasien. Während in den meisten Fällen Lösegeld erpresst werden sollte, würde mit der Rolle Deutschlands als aktive Partei im Antiterrorkampf die Gefahr für Leib und Leben deutscher Geiseln künftig steigen, so das BKA. aul

## Nato

### Irritationen über Warschau

Der SPD-Verteidigungsexperte Lars Klingbeil hat die polnische Regierung scharf kritisiert. Das jüngste Vorgehen gegen eine multinationale Forschungseinrichtung zur Spionageabwehr in Warschau sei „gefährlich“, sagte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete. Polen dürfe „die Basis für unsere Zusammenarbeit“ nicht gefährden. „Solche nationalen,

ideologischen Kämpfe haben in der Nato nichts zu suchen“, so Klingbeil. Vor Weihnachten hatten polnische Militärpolizisten das Nato-„Centre of Excellence“ durchsucht und dessen Leiter, Oberst Krzysztof Dusza, entmachtet. Mitarbeiter der Einrichtung hatten sich laut Duszas Aussage zunächst gegen die Durchsuchung gewehrt. Seit ihrem Amtsantritt Mitte November ist dies der erste Fall, in dem die rechtskonservative polnische Regierung auf unliebsame Personalien in einer internationalen Einrichtung Einfluss nimmt. gor

## Gesundheit

### Kampagne gegen Onlinesucht

Die Bundesregierung plant eine Initiative zur Bekämpfung der Onlinesucht. „Das Ziel muss ein maßvoller Umgang und eine gesunde ‚Online-Offline-Balance‘ mit den neuen Medien sein“, heißt es in einem Brief der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Marlene Mortler, an die Unions-Bundestagsfraktion. Neben Präventionsangeboten müssten „passende Behandlungsmöglichkeiten für eine wachsende Zahl Betroffener

aufgebaut“ werden. „Experten schätzen die Zahl der Internetabhängigen aktuell auf etwa ein Prozent der 14- bis 64-Jährigen“, schreibt die CSU-Politikerin in ihrem Brief. Konkret prüft die Regierung derzeit die Förderung von Onlineberatungen für Abhängige und von Projekten, die mögliche Gesundheitsschäden durch exzessiven Internetkonsum bei Kindern und Jugendlichen untersuchen. Auf der Jahrestagung der Drogenbeauftragten im November 2016 soll ein Expertenrat weitere Maßnahmen vorschlagen. cos

## Krankenkassen

### CDA-Chef fordert Rückkehr zur Parität

Der Vorsitzende des CDU-Arbeitnehmerflügels, Karl-Josef Laumann, hat sich dafür ausgesprochen, die Arbeitgeber „mittelfristig“ wieder zur Hälfte an den gesetzlichen Krankenkassenbeiträgen zu beteiligen. „Eine Arbeitnehmerorganisation wie die CDA tritt selbstverständlich für die paritätische Finanzierung unseres Gesundheitssystems ein“, sagte Laumann. Damit schließt er sich Forderungen

von Sozialdemokraten und aus Gewerkschaftskreisen an. Die Debatte war entstanden, weil die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung im Januar von derzeit durchschnittlich 15,5 auf dann 15,7 Prozent des Bruttoeinkommens steigen werden. Diese Erhöhung muss über Zusatzbeiträge von den Arbeitnehmern allein getragen werden. Für solche zusätzlichen Zahlungen äußerte Christdemokrat Laumann allerdings Verständnis. Sie seien ihm „lieber als die seinerzeit angedachte Gesundheitsprämie“. cos